

LEITARTIKEL

Macht und Medien: Ein Seiltanz

Putin, Schröder, Berlusconi, Bush: An der Macht kleben sie alle, und die Medien sollen ihnen untertan sein. Das ist eine einfache Rechnung und innerhalb des Denksystems der Mächtigen sogar eine logische. Wenn sich die moderne Politik weitgehend auf mediale Darstellung reduziert (das tut sie), muss das Medium parieren, sonst funktioniert die Politik nicht.

Politiker verfolgen ihr Ziel mit unterschiedlichen Methoden. Der russische Präsident Wladimir Putin sperrt die Journalisten ein und verbietet missliebige Zeitungen und Fernsehstationen. Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi kauft sich die Medien einfach zusammen und drückt den Rest an die Wand. US-Präsident George Bush kann sich auf sein gut gepflegtes White House Presse Corps so weit verlassen, dass der publizistische Dienst am Präsidenten gleich bedeutend mit dem



Politiker glauben, sie hätten ein Anrecht auf publizistisches Wohlwollen

ENGELBERT WASHIETL
e.washietl@wirtschaftsblatt.at

„Dienst am Vaterland ist. Und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder profitierte recht gut von den Ausläufern einer unter SPD-Kanzler Willy Brandt zur Blüte entwickelten Geisteshaltung, dass das Herz jedes wirklich demokratischen Journalisten links schlage.“

Weil dieser Gleichklang gestört ist und die Links-Grün-Koalition zumindest in ihrer zweiten Halbzeit nur noch Rückstatt Fortschritt zu Stande brachte, kippte Schröder tatsächlich aus der Watte publizistischer Harmonie heraus und rastete am Wahlabend im Fernsehen vor einem Millionenpublikum regelrecht aus. Das beschäftigt die Zeitungen bis heute. „Suboptimal“ sei die Art gewesen, wie er den Machtanspruch anmeldete, gab Schröder gegenüber der „Zeit“ zu. Warum er sich so weit gehen liess, ist jedoch bestenfalls eine Promille-Frage im Vergleich zu der Präpotenz, mit der SPD-Chef Franz Müntefering in der Stunde der Wahlniederlage die gleichen Ansprüche anmeldete, so als sei das in sieben Jahren Regierungstätigkeit abgenutzte Führungsteam ein über Deutschland gerade aufgehender Hoffungsstern.

Den inferioren Kurswert des Tandems Schröder/Joschka Fischer 2005 gegenüber Brandt/Walter Scheel 1969 nicht mehr zu erkennen, deutet auf Verstiegenheit hin. Das Positive: dass wenigstens in Deutschland (aber nicht in Russland und Italien) die totale Gängelung der Medien letztlich doch ein Seiltanz ist. Akrobat kann absterben.

In Österreich stellen sich solche Fragen noch nicht in gleicher Dringlichkeit, aber die politischen Fluchtversuche wären mit Sicherheit die gleichen. Wenn nichts mehr geht, sind die Medien schuld.

WirtschaftsBlatt

Medieneigentümer: "Wirtschaftsblatt" Verlag AG
Anschriß: Geiselbergstrasse 15, 1110 Wien, Telefon: 01/60 117-0
Redaktion: DW 305, Fax 01/60 117-259
Vorstand: DW 221, Fax DW 444

Vorstand: André Warnecke (Vorsitz), Markus Bauer, Dr. Wolfgang Unterhuber
Prokurist: Gottfried Satek, DW 152
Herausgeber & Chefredakteur: Dr. Peter Muzik
Geschäftsführender Chefredakteur: Dr. Wolfgang Unterhuber
Chefs vom Dienst: Mag. Daniela Homan, Mag. Arne Johannsen, Mag. Dr. Ruth Reitmeier-Keenan

Leitende Redakteure: Mag. Erwin Frasl, Herbert Geyer, Robert Gillinger (Finanzen & Börse), Leo Himmelbauer, Michael Laczynski (Ausland), Mag. Dr. Arno Maierbrugger, Mag. Hans Pleininger, Robert Prazak (Beruf & Karriere/Sonderthemen), Alexander Rinnerhofer (Business Talk), Madeleine Swistelnicki (Fotoredaktion), Michael Vorauer (Bundesländer), Dr. Engelbert Washietl
Chefreporter: Dr. Günter Fritz, Dr. Franz Gansgrigler

Verlags- und Anzeigenleiter: Alfred Minassian (Sonderthemen), DW 179, Michael R. Minassian (Finanzen & Börse), DW 134
Wbo-Wirtschaftsblatt Online: Christian Drastil (Geschäftsführung), DW 260

Klein- und Raumanzeigen/Beruf & Karriere: Andrea Werle (Leitung, DW 633), Fax 640
Immobilienanzeigen: Tel. 01/25 254-410
Fax Anzeigenabteilung: 01/60 117-150
Druckunterlagenübermittlung: ISDN: 01/60 117-148, 01/60 117-149

Hersteller: Mediaprint Zeitungsdruckerei GesmbH & Co KG, Wien

Einzelhandelsvertrieb: Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag GesmbH & Co KG, Wien

Mailadressen: redaktion@wirtschaftsblatt.at (Redaktion), fotored@wirtschaftsblatt.at (Fotoredaktion), irc@wirtschaftsblatt.at (Info Research Center), anzeigen@wirtschaftsblatt.at (Anzeigenabteilung), abo@wirtschaftsblatt.at (Abonnements)

Web: www.wirtschaftsblatt.at

Vertrieb & Aboservice: 01/60 117-242, Fax 520
Leser-Service: 0900 400 601 (€ 1,36 pro Minute), Mo.-Do. 9-16 Uhr, Fr. 9-14 Uhr

Bankverbindung: BA-CA 0949 4402200, BLZ 12000
Bezugsabmeldung nur zum Ende des vereinbarten Belieferungszeitraums mit sechswochiger Kündigungsfrist. Gerichtsstand ist Wien.

Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach §44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz, sind vorbehalten

Einzelpreis: € 1,50
Jahresabo: € 290,-
2-Jahres-Abo: € 520,-
Studentenabo: € 190,-
3-Monats-Abo: € 75,-

2. Quartal 2005:
Verkaufte Exemplare: 30.074
Verbreitete Auflage: 40.640



ANALYSE

Ist dieser Mann 4,5 Millionen € wert?

Jetzt bekommt Erste Bank-Chef Andreas Treichl die optimale Gelegenheit zu beweisen, dass er wirklich 4,5 Millionen € im Jahr wert ist. Denn er steht vor einer der schwierigsten Aufgaben als Boss der Erste Bank. Er muss bei einer der beiden zum Verkauf stehenden Banken in Rumänien zum Zug kommen, sonst beginnt sein Image als Strahlmann zu verblassen und sein Sessel zu wanken.

Treichl steckte bereits in der Ukraine einen bitteren Rückschlag ein, als ihm die Giebelkreuzer die Bank Aval weggeschnappt haben. Dabei soll der Erste-Chef wirklich alle Register gezogen haben – sogar sein Du-Freund Wolfgang Schüssel soll interveniert haben. Leider umsonst! In Bankenkreisen ist zu hören, dass Treichls Aufsichtsrat über diese Niederlage nicht gerade „amused“ war.



ANGELIKA KRAMER
a.kramer@wirtschaftsblatt.at

Aber sollte derlei Kritik am Erste-Chef nicht eigentlich abprallen? Immerhin ist er in Osteuropa noch Marktführer, in einigen Ländern ist die Erste von der Spitze überhaupt nicht wegzudenken. Auch die Aktie zählt zu den Top-Performern der letzten Jahre. Auf diesen Lorbeeren darf sich Treichl aber nicht ausruhen, denn das Wachstum der Zukunft liegt nicht in Ungarn, Tschechien und der Slowakei, sondern eben weiter süd-östlich. Dort aber fehlen die Erste Bank-Filialen

auf der Landkarte. Will die Bank in Zukunft ähnliches Wachstum präsentieren wie in der Vergangenheit, ist ein Einstieg in der Ukraine oder in Rumänien ein Muss. Was könnte wohl den unglaublichen Druck, der auf Treichl lastet, besser demonstrieren, als eine vor kurzem getätigte Ankündigung vom Erste-Chef selbst: Sollte er bei keiner der rumänischen Banken erfolgreich sein, denkt er sogar an eine Greenfield-Operation in Rumänien. Für einen etwaigen Misserfolg wird also schon vorgebaut. Horrende Summen wird der Erste-Boss aber wohl nicht für einen Zukauf verpulvern können, sonst wird er von den Analysten zurecht geprügelt.

Wer aber kann wohl einen Ausweg aus dem Dilemma finden, wenn nicht ein 4,5-Millionen-€-Mann?

GASTKOMMENTAR

Alte Militärflughäfen bekommen neuen Wert



Die Regionen Europas werden politisch und wirtschaftlich immer wichtiger. Von der Öffentlichkeit weitgehend un bemerkt stärken vor allem die früheren zentralistisch strukturierten und kommunistisch regierten Länder Ost- und Südosteuropas ihre regionalen Einheiten und übertragen ihnen weitgehende Zuständigkeiten.

IHRE MEINUNG AN:

Dieser deutliche Trend zur Regionalisierung ist ganz im Interesse der EU und des EU-Verfassungsvertrages. Die Regionalisierung hilft aber auch den Zentralregierungen, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren. Sie ist das Modell zur Entschärfung ethnisch-nationaler Krisen.

Verkehrerschliessung. Einen für die Entwicklung einer Region geradezu lebensnotwendigen Bereich stellt die Verkehrerschliessung dar. Dazu zählen auch die regionalen Flughäfen. In Österreich kennen wir den gesunden Wettbewerb unserer erfolgreichen Bundesländer-Flughäfen. In Tschechien wurden Regionalflughäfen (vormals oft Militärflughäfen), wie etwa in Ostrava und Brunn den Re-

gionen überantwortet, in der Slowakei sollen bis Jahresende neben dem Flughafen Bratislava noch fünf Regionalflughäfen, darunter der von Kosice, verkauft bzw. teilweise an die Regionalverwaltungen übertragen werden.

Die Regionalflughäfen von Pula und Dubrovnik in Kroatien haben wichtige touristische Aufgaben zu übernehmen, in Nis ist der Regionalflughafen für die infrastrukturelle Erschliessung des gesamten serbischen Staates von unschätzbbarer Bedeutung. Ähnliches gilt für die z. T. auf niedrigem Standard befindlichen regionalen Flughäfen der anderen Länder Ost- und Südosteuropas.

Was tun mit manchen dieser Flughäfen? Entwicklungsstrategien sind auszuarbeiten, Flächen eignen sich für Gewerbe- und Industrieansiedlungen, aus unbedeutenden Regionalflughäfen sollen internationale werden.

Der zunehmenden Bedeutung der Regionalflughäfen entsprechend und auf Grund eines laufenden Wettbewerbsverfahrens gegen Ryanair, hat die Europäische Kommission die Förderung des Ausbaues solcher Flughäfen bzw. Beihilfen für Fluglinien, die diese anfliegen, klarer, aber auch viel schärfer geregelt und die Flughäfen nach der Zahl der Passagiere kategorisiert.

Kleine Regionalflughäfen haben weniger als eine Million Passagiere pro Jahr, grosse bis zu fünf Millionen.

Gestaffelte Beihilfen. Darnach orientieren sich die erlaubten Beihilfen. Das hat für Politik und Wirtschaft in den Mitgliedsstaaten künftig spürbare Auswirkungen. Finanzielle Zuckerl für Billigfluglinien und Zuschüsse für den Ausbau ihres eigenen Flughafens werden in Hinkunft für die Regionalregierungen nur noch eingeschränkt möglich sein.

Das Institut der Regionen Europas (www.ire.or.at) stösst in dieses Informations- und Beratungskonzept vor und veranstaltet am 18. November in Ostrava (Mährisch-Schlesien) eine Fachkonferenz zum Thema „Die Zukunft regionaler Flughäfen“ mit Schwerpunkt Ost- und Südosteuropa. Geboten werden Informationen über die Entwicklung auf EU-Ebene, Erfahrungsaustausch und Beratung durch Experten. Der Bedarf ist enorm, gibt es doch in ganz Europa mindestens 250 regionale Flughäfen.



FRANZ SCHAUBURGER
Vorsitzender des Instituts der Regionen Europas (IRE)

BEOBACHTET

Deuten statt Tricksen

Laut Grossbritanniens einstigem Premier Winston Churchill soll man keiner Statistik glauben, die man nicht selbst gefälscht hat. Man muss jedoch gar nicht immer tricksen – oft reicht individuelle Interpretation. So kann das reiche Luxemburg als grösster Empfänger von EU-Geldern hingestellt werden. Die Brüsseler Mittel erreichten im Vorjahr fast fünf Prozent des luxemburgischen Bruttonationaleinkommens (BNE). Kein anderes EU-Land erhält – gemessen in Prozent seines BNE – so viel Geld von der EU. Was auf den ersten Blick als riesige Ungerechtigkeit erscheint, ist auf den zweiten Blick eine logische Folge der geografisch zerstreuten EU-Bürokratie: Bis auf einen Bruchteil flossen die für Luxemburg bestimmten Zahlungen in die dort ansässigen EU-Institutionen.

Grossen Spielraum bietet auch die Beurteilung des britischen EU-Obolus. London zahlt weniger als in Anbetracht seiner Wirtschaftsleistung opportun wäre, unterstreicht die EU-Kommission. Sie stützt sich auf die EU-Bruttobeiträge. Die Briten bevorzugen eine andere Tabelle, nämlich die mit den Nettozahlungen. Denn unter dem Strich überweist das Land mehr Geld nach Brüssel als es zurückbekommt. Der Saldo entsprach 2004 – wie im Fall Österreichs – 0,16 Prozent der Wirtschaftsleistung.

SABINE BERGER
s.berger@wirtschaftsblatt.at



Statistiken sind flexibel wie die Fahne im Wind